

Automatisierte Verfahrensabläufe und Legitimität – Eine systemtheoretische Analyse im Lichte der EU-Verordnung über künstliche Intelligenz

Christoph M. Stoll

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Die Digitalisierung des Rechtssystems stellt im Kern eine Veränderung der rechtssysteminternen Kommunikation dar, wobei Juristinnen und Juristen als Kommunikationsexpertinnen und -experten zunehmend durch Digitaltechnik unterstützt und in manchen Bereichen bereits ersetzt werden. Der Erfolg von Chat-Interfaces wie ChatGPT des Unternehmens OpenAI zeigt, dass die Kommunikation zwischen einem Subjekt (User) und „maschinell generierten Texten“ bereits gut funktioniert und in Zukunft mit noch präziseren Ergebnissen zu rechnen ist. Während sich durch diese Veränderung potenziell der Zugang zum Recht verbessern kann – beispielsweise indem Chatbots als erste kostenfreie Anlaufstelle für eine Rechtsauskunft dienen –, steht der Einsatz generativer KI im Bereich der Rechtsfindung (wie etwa der Beweiswürdigung, der Urteilsfassung und der Strafzumessung) im Konflikt mit grundlegenden Verfahrensgrundrechten. Aufbauend auf bereits getätigten Forschungen in diesem Bereich wird im Rahmen des Vortrags beabsichtigt, die bisherigen systemtheoretischen Struktureinsichten in die durch die Digitalisierung beschleunigte Kommunikationsveränderung des Rechtssystems zusammengefasst zu präsentieren und diese angesichts der jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz zu erweitern und kritisch zu hinterfragen. Insbesondere soll dabei auf die Frage eingegangen werden, inwieweit die Implementierung automatisierter (verstanden als programmierte bzw. algorithmisierte) Verfahrensabläufe die Herstellung der Legitimität eines Verfahrens im Allgemeinen beeinträchtigt und wie die KI-VO der EU (Artificial Intelligence Act) den Risiken in diesem Zusammenhang hinreichend begegnet.